

# Rechtsextremismus und die soziale Frage

## Die Instrumentalisierung der sozialen Frage durch die extremistische Rechte in Deutschland

*Thomas Grumke*

### **Zusammenfassung**

Die von Rechtsextremisten propagierte völkische Re-Nationalisierung und Re-Ethnisierung der Politik ist eine fundamentale Alternative sowohl zur dominanten neoliberalen Globalisierung als auch zur sozialökologisch abgefederten Version („Global Governance“) und muss entsprechend ernst genommen werden. Rechtsextremisten können immer häufiger mit ihren reduktionistischen Welterklärungen und der Besetzung zentraler Themen wie der sozialen Frage und Globalisierung punkten.

Besonders vielschichtig ist die Situation in Ostdeutschland, wo eine besonders mobilisierungsfördernde „doppelte Modernisierung“ zu konstatieren ist: die nachgeholte Systemtransformation fällt zusammen mit dem aus Westdeutschland importierten Modernisierungsschub. Zu beobachten ist eine alltagskulturelle rechtsextremistische Dominanz in Teilen des ländlichen Ostdeutschlands, die Toralf Staud als „Faschisierung der ostdeutschen Provinz“ bezeichnet. Gerade hier können Rechtsextremisten dringend benötigte Respektabilität gewinnen, wenn sie sich „taktisch zivilisieren“. Die Bearbeitung der sozialen Frage dient in diesem Prozess als master frame.

## 1. Einleitung

„Auch wenn die herrschenden Politiker und die Vertreter des großen Geldes den Menschen immer wieder das Gegenteil einreden wollen, kennen Kapitalismus und Globalisierung nur Verlierer in Scharen und Gewinner in kleinen Grüppchen.“

Wer diese Worte hört, vermutet sehr wahrscheinlich Urheber aus dem linken politischen Spektrum. Auf den ideologischen Hintergrund verweisen wohl erst die Auslassungen, die sich anschließen:

„Die einzige wirksame sozialistische Waffe gegen das internationale Kapital ist das grenzensetzende, volk- und heimatbezogene bodenständige Gegenprinzip des Nationalismus. Gegen die kapitalistische Entwürdigung des Menschen kämpft der Nationalismus mit seiner sozialen Ordnungsidee der Volksgemeinschaft.“

Die hier zitierten Stellen stammen aus einem neunseitigen Pamphlet mit dem Titel „Zukunft statt Globalisierung“, einem Aufruf von deutschen Rechtsextre-

misten für die im Frühjahr 2006 ausgerufene gleichnamige „antikapitalistische und antiglobalistische“ Kampagne.<sup>1</sup> Mit ihrer völkisch gewendeten Kapitalismuskritik versuchen rechtsextremistische Kader nicht zuletzt bei Zielgruppen anzudocken, die diese mit einer generellen Kritik am politischen System, an „Amerikanisierung“ und kultureller und ethnischer „Überfremdung“ verbinden.

**völkisch verwendete Kapitalismuskritik** Hier sieht u.a. die sich als „revolutionär“ bezeichnende NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) ihre Chance. In einer Presseerklärung der JN vom März 2006 wird sogar erklärt, dass zukünftig „die Lösung der sozialen Frage und die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus das Hauptbetätigungsfeld“ sein muss.<sup>2</sup>

Diese Konzentration auf die Themen soziale Frage und Globalisierung (vgl. hierzu Greven/Grumke 2006) lässt sich nicht nur in Deutschland beobachten. In fast allen westlichen Industriestaaten haben rechtspopulistische oder -extremistische Parteien und Bewegungen auf die mit der globalisierten Weltwirtschaft einhergehenden Strukturveränderungen und (teilweise vermeintlichen) Sachzwänge reagiert, die in allen (west-)europäischen Gesellschaften zu Einschnitten im sozialen Netz, zum Abbau von Sozialleistungen und zum Verlust sozialer Sicherheiten geführt haben (vgl. grundlegend Betz 1994; Kitschelt 1995; Minkenberg 1998). Eine dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit und eine zunehmende Spaltung in Arm und Reich bringen soziale Verwerfungen und Konflikte hervor, auf die Rechtsextremisten aufsatteln.

**Deutungshoheit ihres „nationalen Sozialismus“** Rechtsextremisten reklamieren eine Deutungshoheit ihres „nationalen Sozialismus“ und verknüpfen die in diesem Sinne neu gestellte soziale Frage mit dem Thema Migration, schüren rassistische Ressentiments vor allem gegen Einwanderer und fordern eine nationalistische Schließung gegenüber den mit der Globalisierung verbundenen gesellschaftlichen und ökonomischen Öffnungs- und Liberalisierungstendenzen.

Vor diesem Hintergrund soll im Beitrag eine eingehende Betrachtung der Bearbeitung und Instrumentalisierung der sozialen Frage durch Rechtsextremisten in Deutschland erfolgen. Hierbei sollen Fallbeispiele der praktischen Vertiefung der Analyse dienen mit dem Ziel, sich den Themen, Kritiken und – gegebenenfalls – den Zukunftsalternativen der extremistischen Rechten anzunähern.

## 2. Die Ethnisierung des Sozialen

Schon seit geraumer Zeit bemüht sich das rechtsextremistische Spektrum, die „soziale Frage“ mit seinen politischen Inhalten zu besetzen und sich als ‚Rächer der sozial Benachteiligten‘ zu stilisieren. Nicht zuletzt ist dies eine Reaktion auf die in Deutschland bestehende soziale Ächtung und der Versuch, Anerkennung

**Rächer der sozial Benachteiligten** und Legitimität zu gewinnen. Versucht wird von weiten Teilen der rechtsextremistischen Szene, einen nationalen oder völkischen Sozialismus zu popularisieren, der sich gegen den „bankrotten“ westlichen Parlamentarismus und eine „kapitalistische Plutokratie“ richtet. Auch der rechtsextremistische Gerechtigkeitsbegriff ist in völkischen Kategorien verhaftet, bezieht sich auf „die Solidarität des Volkes mit seinen

Angehörigen“ und kommt nur denen zugute, die als zum eigenen Volk gehörig akzeptiert werden.

Ebenso heterogen wie seine Organisationsstruktur (vgl. hierzu Grumke/Wagner 2002) ist die Begriffslandschaft des Rechtsextremismus. Dies trifft auch auf die rechtsextremistische Debatte der sozialen Frage zu. Es gilt also im Folgenden sich den zentralen Grundbegriffen zu nähern.

Eine Annäherung an relevante Begriffe verspricht das „Kleine Lexikon der politischen Grundbegriffe“, das im über Partei- und Organisationsgrenzen äußert beliebten „Taschenkalender des nationalen Widerstandes“ des Jahres 2006 enthalten ist.<sup>3</sup>

Europa wird hier als „verschleiende und beschönigende Bezeichnung für einen Lehnsstaat der ‚Westlichen Wertegemeinschaft‘ und des internationalen Kapitalismus“ beschrieben.<sup>4</sup> Ein Blick auf die weiteren Eintragungen verrät, was unter „westlicher Wertegemeinschaft“ und „internationalem Kapitalismus“ verstanden wird und was genau ideologisch hinter der Ablehnung dieser beiden Feindbilder steckt.

Kern der „westlichen Wertegemeinschaft“ sind demnach „Individualismus, Internationalismus, ‚Menschenrechte‘ sowie die Vorherrschaft der Wirtschaft und der Kapitalanleger, [...]“.<sup>5</sup> All dies wird strikt abgelehnt, da sowohl Individualismus, Internationalismus als auch die Menschenrechte, die wiederum als „wichtiger Hebel des Internationalismus zur Schaffung der ‚Einen Welt‘ unter Zerstörung gewachsener kultureller und ökonomischer Strukturen“<sup>6</sup> bezeichnet werden, allein dazu angetan seien, Nationen und Völker zu vernichten. In diesem Sinne geht es Rechtsextremisten, wenn sie zu sozialen Themen auf die Straße gehen oder eine Kampagne gegen „Hartz IV“ starten, nicht vordringlich um Solidarität in einem sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Sinne. Unter Solidarität wird im „Kleinen Lexikon der Grundbegriffe“ eindeutig die „Bereitschaft eines Volkes zur Volksgemeinschaft sowie die enge Bindung als nationale Kampf- und Tatgemeinschaft“<sup>7</sup> verstanden. Dass dieser Volks-, Kampf- und Tatgemeinschaft nur Deutsche im Sinne des *ius sanguinis* angehören, kann im Rechtsextremismus als Konsens gelten. Auch das Verständnis von Gleichheit schließt hieran an, wenn die Idee von der Gleichheit des Menschen von Geburt an als „Irrlehre“<sup>8</sup> bezeichnet wird, denn unter anderem der „Gleichheitsgedanke“ sei „heute noch eine Gefahr für die Errichtung eines Volksstaates“.<sup>9</sup>

Völkisch ist folgerichtig auch der Kapitalismusbegriff. Beklagt wird, dass „die Kapitalkonzentration bei einigen weltweit tätigen Multis“ das „Dasein freier Völker“<sup>10</sup> gefährde; in diesem Sinne ist Antikapitalismus die Verteidigung der Volksgemeinschaft vor den volkszersetzenden und internationalistischen „Multis“. Vertreten wird ein „nationaler Sozialismus“, der den „Ausgleich zwischen Markt und Plan“ sucht: „Nicht mit dem Ziel des Klassenkampfes, sondern der Klassenbeseitigung muß der Sozialismusbegriff aus nationalistischer Sicht wieder als annehmbarer Begriff besetzt werden“.<sup>11</sup>

Im rechtsextremistischen Begriffsuniversum hängen alle oben genannten Begriffe aufs Engste zusammen und werden – völkisch aufgeladen – gegen die Bundesrepublik im Einzelnen und eine offene, pluralistische Gesellschaft im Allgemeinen in Stellung gebracht. Wie dies zu geschehen hat, führte jüngst das

Mitglieder des sächsischen Landtages und des NPD-Bundesvorstandes, Jürgen Gansel,<sup>12</sup> sehr klar aus. Gansel, seit Jahren einer der wenigen öffentlich theoretisch denkenden Rechtsextremisten und Mitbegründer der so genannten „Dresdner Schule“ – der „Denk- und Politikschule einer selbstbewussten Nation“<sup>13</sup> – stellt in einem Interview mit der „Deutschen Stimme“ klar: „Adolf Hitler und die NSDAP sind Vergangenheit, Hartz IV und Globalisierung, Verausländerung und EU-Fremdbestimmung aber bitterböse Gegenwart“.<sup>14</sup>

Der NPD-Kader fährt unverblümt fort:

Insofern haben wir Nationalisten zwingend Gegenwartsthemen aufzugreifen und die soziale Frage konsequent zu nationalisieren. Laden wir die soziale Frage weiterhin völkisch auf – „Wir Deutschen oder die Fremden“, „Unser Deutschland oder das Ausland“ – und untermauern wir den Schlachtruf „Gegen Verausländerung, Europäische Union und Globalisierung“ noch stärker programmatisch, werden wir die etablierten Volksbetrüger schon bald das Fürchten lehren.<sup>15</sup>

Um wirkungsvoll „deutsche Interessen“ vertreten zu können sei es unerlässlich, eine „Ethnisierung des Sozialen und damit eine klare Trennung von Eigenem und Fremdem“ voran zu treiben.<sup>16</sup>

Gansels Einlassungen stehen weitgehend im Einklang mit dem NPD-Partei-programm. In der Einleitung heißt es dort: „Wir stehen mit einem lebensrichtigen Menschenbild gegen Fremdherrschaft und Fremdbestimmung, gegen Überfremdung, Ausbeutung und Unterdrückung, für deutsche Freiheit, für Freiheit der Völker, für eine soziale Neuordnung in Deutschland, die unserem Menschenbild entspricht.“ Zwar werden im Programm immer wieder Begriffe wie soziale Gerechtigkeit oder Sozialpolitik verwendet, diese beziehen sich aber ausschließlich auf „die Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen“.<sup>17</sup> In diesem Sinne propagiert die NPD eine „raumorientierte Volkswirtschaft“, die im Parteiprogramm einen eigenen Unterpunkt belegt, aber weitgehend nebulös bleibt.<sup>18</sup> Typisch sind Allgemeinplätze folgender Art: „Die deutsche Wirtschaft einschließlich der in Deutschland tätigen ausländischen Unternehmen hat dem deutschen Volk, seiner materiellen Sicherung und seiner geistig-kulturellen Entwicklung zu dienen. [...] Die NPD fordert eine am heimischen Lebensraum der Menschen orientierte vielseitige und ausgewogene soziale Volkswirtschaft.“<sup>19</sup> Klar ist, dass Volkswirtschaft hier begrifflich und ideologisch nicht von Volksgemeinschaft zu trennen ist und damit zwangsläufig ausgrenzend wirkt. Unklar bleibt jedoch, auf genau welchen Raum sich diese „raumorientierte Volkswirtschaft“ bezieht.

Interessanterweise stellt der rechtsextremistische Verschwörungstheoretiker Horst Mahler fest, dass der „im NPD-Programm enthaltene Abschnitt ‚Die raumorientierte Volkswirtschaft‘ [...] die Handschrift meines Freundes Reinhold Oberlercher (er wurde zu SDS-Zeiten der ‚Dutschke von Hamburg‘ genannt)“ trage.<sup>20</sup> Oberlercher selbst vertritt einen „nationalmarxistischen“ Ansatz, den er in Schulungen doziert und weiter entwickelt.<sup>21</sup>

Mit pseudo-sozialistischen Parolen wollen aber vor allem Neonazis an DDR-Erfahrungen anknüpfen und sich als „revolutionäre Organisation“ etablieren, die den „Steuermissbrauch der Superreichen“ bekämpft und sich als „Schicksalsgemeinschaft der Opfer des Kapitalismus“ versteht. Die nicht parteigebundenen Neonazis basteln indes weiter an ihren „antikapitalistischen“ Positionen. In ei-

nem Papier „Grundsätze eines sozialistischen Nationalismus“ des Kampfbunds Deutscher Sozialisten (KDS) wird eine „nationale Sozialbewegung von rechts“ beschworen, „die drauf und dran ist, der Linken die Kompetenz für die soziale Frage und den Alleinvertretungsanspruch auf den Antikapitalismus zu entwenden“.<sup>22</sup> Im ersten von insgesamt sieben Grundsätzen heißt es hier im typischen KDS-Duktus: „Im Zeitalter der Globalisierung ist nicht die internationale Linke, sondern die nationale Rechte die wahre antikapitalistische Kraft, die dem internationalen Kapital Grenzen setzt, um den Nationalstaat als sozialen Schutzraum zu erhalten und auszubauen“.<sup>23</sup>

Schicksalsgemeinschaft der Opfer des Kapitalismus

Auf der Folie der oben genannten begrifflichen Basis bilden Kampagnen aller Art den Kern der rechtsextremistischen Agitation zur sozialen Frage. Im Folgenden wird dies anhand von ausgewählten Beispielen verdeutlicht.

### 3. Kampagnen zur sozialen Frage

Die Strategie von Rechtsextremisten, sich an Protestbewegungen anzuhängen, ist nicht neu. So versuchte die Szene erfolglos, sich u.a. an Demonstrationen von Globalisierungskritikern und gegen den Irak-Krieg zu beteiligen und diese mit ihren Inhalten zu besetzen. Mit den Anti-Hartz-Protesten seit dem Jahr 2004 deutet sich allerdings sowohl hinsichtlich der Mobilisierungsstärke als auch der Resonanz in der (ostdeutschen) Bevölkerung eine neue Qualität an.

Strategie von Rechtsextremisten, sich an Protestbewegungen anzuhängen

In einer Presseerklärung vom 09. August 2004 rief z. B. die NPD ausdrücklich dazu auf, an den so genannten „Montagsdemonstrationen“ teilzunehmen. Wessen Geistes Kind die rechtsextremistischen Trittbrettfahrer waren, zeigten u.a. von der NPD veröffentlichte Einlassungen. Gefordert wurde hier, den „Volkszorn auf die Straße“ zu tragen und „gemeinsam für ein nationales und soziales Deutschland“ zu kämpfen. Eigene Vorschläge der NPD erschöpften sich in Forderungen nach „Schutzzöllen für im Ausland produzierte Waren“ und „die Rückführung hier lebender Ausländer in ihre Heimat“. In einem „Für unsere Kinder: Hartz kippen!“ überschriebenen Faltblatt der NPD hieß es vollmundig: „Wir garantieren, dass es in Deutschland binnen zwei Jahren nicht einen Deutschen mehr gibt, der arbeitslos ist, wenn in unserem Land endlich wieder Politik für das eigene Volk gemacht wird.“<sup>24</sup> „Schnauze voll? Wahltag ist Zahltag“, titelte die Wahlkampf-Ausgabe der „Sachsen-Stimme“ der NPD. Und im einem Faltblatt mit dem Titel „Quittung für Hartz IV: Jetzt NPD“ fanden sich erst Fakten und Argumente der Sozialverbände, und zum Schluss hieß es: „Jeder beschäftigte Ausländer, der nach Hause geht, macht einen Arbeitsplatz für Deutsche frei. Jeder ausländische Sozialhilfe-Empfänger, der geht, liegt dem deutschen Sozialsystem nicht länger auf der Tasche.“

In einer Pressemeldung vom Juli 2005 feierte sich die NPD unter dem Motto: „Ein Jahr Montagsdemonstrationen, mit der Losung ‚Weg mit Hartz IV – Das Volk sind wir!‘“ selbst.<sup>25</sup> Auch die NPD hätte sich „trotz massiver Hetze und versuchter Ausgrenzung bei den Montagsdemonstrationen behauptet“ und „er-

folgreich ihre politische Selbständigkeit bei den Montagsdemonstrationen verteidigt“. In der Folge werden rund ein Dutzend Beteiligungen an diversen Montagsdemonstrationen zwischen August 2004 und Juli 2005 aufgezählt, bei denen die Partei „gegen die Enteignungspolitik im Gefolge des Hartz-IV-Gesetzes“ eingetreten sei.

Parallel zu NPD und DVU mobilisierten auch rechtsextremistischen Kleingruppen der „Freien Nationalisten“ gegen Hartz IV. Auf der eigens von Rechts-extremisten eingestellten Webseite <http://keine-agenda2010.de> soll der Protest koordiniert werden. Hier heißt es im nationalsozialistischen Duktus: „Deutsche Arbeiter der Faust und der Stirn – steht auf und leistet aktiven Widerstand!“ Ab-rufbar sind Demonstrationsberichte mit Bildern sowie herunterladbare Flug-blätter, u.a. mit dem Aufruf „Jetzt nationaler Sozialismus!“

### Fallbeispiel: Die Kampagne „Keine Agenda 2010“

Im April 2004 startete das „Nationale und soziale Aktionsbündnis Mittel-deutschland“ (NSAM) eine Kampagne gegen die von der damaligen rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder verabschiedete „Agenda 2010“ und die damit verbundenen, unter dem Begriff „Hartz IV“ bekannt ge-wordenen Arbeitsmarktreformen. Demonstrationen, Kundgebungen, Mahnwa-chen, Flugblattaktionen und die Einrichtung mehrerer Aktionsseiten im Internet (z.B. <http://www.keine-agenda2010.de> und <http://keine-agenda.fuer-thueringen.de>) waren Teil dieser Kampagne.

Bei dem NSAM handelt es sich um einen überregionalen, losen Zusammen-schluss von „Freien Kameradschaften“ aus den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Das NSAM dient dabei als Organisations- und Vernetzungsplattform und spielt

Bürgerinitiativen gegen die  
Einrichtung von  
Asylbewerberheimen

eine wichtige Rolle für die Mobilisierungsfähigkeit der Kame-radschaftsszene in Ostdeutschland. Eine koordinierende Funkti-on übernimmt dabei der „Nationale Medienverbund“ mit Sitz in Wolgast, welcher auch für die regelmäßige Herausgabe rechts-extremistischer Periodika wie z.B. „Der Insel Bote“ und „Der Fahnen-träger – Rundbrief für nationale Sozialisten“ auf der Insel Usedom verantwort-lich zeichnet.<sup>26</sup> Ziel ist offenbar die verstärkte Schaffung von Unterorganisationen, die im Vorfeld der Neonazikameradschaften vor Ort auf die Bevölkerung Einfluss nehmen sollen, ohne dass sofort der ideologische (neonazistische) Hintergrund deutlich wird. Hierzu gehören die so genannten Bürgerinitiativen „Schöner Wohnen“ in Ueckermünde bzw. in Wolgast, deren Aktivitäten sich jeweils gegen die Einrichtung von Asylbewerberheimen richten.

Die Agenda-2010-Kampagne des NSAM begann am 3.4.2004 mit einer De-monstration in Neubrandenburg unter dem Titel „Nein zur Agenda 2010 – Ein neues System bietet neue Möglichkeiten!“ an der etwa 350 Angehörige der rechtsextremistischen Szene teilnahmen.<sup>27</sup> In einer gemeinsamen Pressemit-teilung der „Mecklenburgischen“ und der „Pommerschen Aktionsfront“ zu dieser Auftaktveranstaltung wird das Bild einer ausgegrenzten Minderheit gezeichnet, die in der Öffentlichkeit geächtet ist und ihre politischen Vorstellungen nicht in

den gesellschaftlichen Diskurs einbringen kann: „[E]ine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Forderungen des nationalen Sozialismus“ finde nicht statt und werde „mit Hetze und Lüge umgangen“.<sup>28</sup>

Die Demonstrationen fanden vor allem in den fünf ostdeutschen Bundesländern statt – Versuche von Aktivisten, sich mit der sozialen Frage hervorzutun, gab es jedoch im ganzen Bundesgebiet. Demonstrationen und Protestkundgebungen wurden so z.B. auch in Kiel, Herne und in Hamburg durchgeführt. Die Teilnehmerzahl der aus dieser Kampagne erwachsenen über 60 kleineren und größeren Protestaktionen lag zwischen einem Dutzend und maximal 400 Personen.<sup>29</sup> Sie fanden größtenteils unter Ausschluss der Öffentlichkeit, begleitet von Gegendemonstrationen und starkem Polizeiaufgebot statt. Oftmals führten die Demonstrationsrouten durch menschenleere Industriegebiete am Rande der Stadt.

Zusätzlich zu den eigenen Veranstaltungen versuchten Rechtsextremisten aber immer wieder, sich an den Protestaktionen von gewerkschaftlicher Seite zu beteiligen. In Nordrhein-Westfalen etwa wurde die Teilnahmen von Rechtsextremisten an Demonstrationen in Dortmund (09.08. und 16.08.2004), Bochum, Köln und Lüdenscheid (alle 16.08.2004) bekannt. Anders als in den neuen Bundesländern, wo sich Rechtsextremisten zum Teil in Demonstrationen integrieren bzw. sogar an deren Spitze setzen konnten (wie in Magdeburg, Gotha oder Suhl), blieben in Nordrhein-Westfalen Rechtsextremisten aber entweder passive Zaungäste, oder sie wurden wie in Dortmund des Demonstrationszuges verwiesen. Eine taktisch begründete Besonderheit bildet die vom NPD-Kreisverband Steinfurt organisierte Mahnwache vor der Agentur für Arbeit in Rheine am 16.08.2004. Diese wurde von einer Privatperson angemeldet, um Probleme mit der Polizei oder Antifa-Gruppen zu vermeiden. Damit wurde eine Empfehlung von der rechtsextremistischen Webseite ‚Störtebeker-Netz‘ umgesetzt: Eigene Aktionen müssten „nicht unter Parteinamen geschehen. Vielmehr empfehlen sich eigens dafür eingerichtete Initiativen, bei denen Begriffe wie sozial und Hartz IV im Vordergrund stehen sollten“.<sup>30</sup>

Auf den Internetseiten „keine-agenda2010.de“ finden sich zahlreiche Demonstrationsberichte und Bilder von Aktionen, Texte aus etablierten Regionalzeitungen, in denen über die Protestaktionen berichtet wird, ein Terminkalender, Flugblätter im PDF-Format, sowie unter dem Punkt „Alternative“ ein Positionspapier, in dem für einen „neuen Staat“ geworben wird.

Abb. 1: Logo „Nein zu Agenda 2010“



Quelle: <http://keine-agenda.fuer-thueringen.de>

Die Thüringer Dependance im Internet verlinkt derzeit zu zahlreichen Kleingruppen und führt sehr genau Protokoll über den Kampagnenverlauf im Bundesland mit Bildern und Berichten.<sup>31</sup> Gerade hier wird die Bewegungsförmigkeit und der netzwerkartige Charakter des heutigen Rechtsextremismus in Deutschland überdeutlich. Die Betonung direkter Aktionen – zum Beispiel Demonstrationen –, das Agieren mit modernen Mitteln und einer aktuellen Ästhetik sowie das gezielte Einwirken auf den Alltag von Zielgruppen, macht diese Bewegung gerade für junge Menschen attraktiv.

Doch die wichtigste Bewegungsorganisation NPD reklamiert für sich auch im ausgerufenen „Kampf um die Straße“, bei dem die soziale Frage zentral ist, die Führungsrolle. Dem Parteivorsitzenden Udo Voigt ist es zweifellos gelungen, der Partei ein nach außen modernes zeitgemäßes Profil zu geben. Unter seiner Führung fand eine Umkehr statt, weg von allzu plumpen ausländerfeindlichen, antisemitischen und revisionistischen Parolen zu einer Auseinandersetzung mit sozialen Problemen, die die Menschen im Alltag bewegen. Voigt machte dies in einem Interview mit der neurechten Zeitung „Junge Freiheit“ kurz nach dem Wahlerfolg in Sachsen 2004 deutlich: „Im übrigen interessiert die Leute auf der Straße nicht der Holocaust, sondern ihre Alltagsprobleme, wie etwa Hartz IV.“ Und weiter: „Die NPD ist bestrebt, die Menschen dort abzuholen, wo sie sich geistig befinden.“<sup>32</sup> Um sich aber weiterhin als Protestpartei gegen Hartz IV profilieren zu können, ist es für die NPD uner-

lässlich, dass sie mit der Diskussion und der politischen Auseinandersetzung um die „Agenda 2010“ weiterhin in den Medien präsent ist. Die politische Auseinandersetzung mit dem Thema wird deshalb, wenn auch nicht mit der Intensität wie im „Hartz-Jahr“ 2004, weiter fortbestehen.

Unterdessen agitierte auch die DVU im Rahmen des Landtagswahlkampfes 2004 in Brandenburg mit Plakaten und Flugblättern gegen die „Sauerei Hartz IV“ (siehe Abb. 2) als „das Gemeinschaftswerk einer Größten Koalition aller Zeiten (GRÖKOZ)“. Mit dieser Rhetorik zog die DVU mit sechs Abgeordneten (71.047 Stimmen = 6,1 Prozent) wiederum in den Landtag ein.

Abb. 2: DVU-Plakat „Sauerei Hartz IV“



Quelle: <http://www.dvu.de>

Im Rahmen des Landtagswahlkampfes in Sachsen-Anhalt 2006 setzt die DVU neben der üblichen „Schnauze voll“-Rhetorik auf „nationale Sozialisten“ in der Wahlwerbung. In einem DVU-Wahlwerbespot mit dem Titel „Das Vermächtnis sozialdemokratischer Patrioten“ werden die SPD-Vorsitzenden Bebel, Ebert, Schumacher und Brandt als „große nationale Sozialistenführer“ gefeiert.<sup>33</sup> Dann wird DVU-Chef Gerhard Frey gezeigt, der für dieses „Vermächtnis“ kämpfe. Unter den Klängen von „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ präsentiert sich die DVU als „sozial, national, deutsch“ und ein Sprecher verkündet: „Die DVU kämpft für das Vermächtnis sozialdemokratischer Patrioten, das von deren eigenen Genossen heute verraten wird“.

Abb. 3: DVU-Kampagne „Das Vermächtnis sozialdemokratischer Patrioten“



Quelle: <http://www.dvu.de>

Das schamlose Anknüpfen an die sozialdemokratischen Parteiführer Bebel, Ebert und Schumacher zeigt, wie krampfhaft auch die Volkfront-Teilnehmerin DVU versucht, die soziale Frage zu besetzen, indem sie sich schlicht als die eigentliche Bewahrerin sozialistischer Werte und Traditionen geriert.

#### 4. Ausblick

Es kann festgehalten werden: Die Bevölkerung – verstanden als „Rasse- und Weltanschauungsgemeinschaft“ – soll von Rechtsextremisten unter Berufung auf einen rechtsextremistisch gewendeten Solidaritätsbegriff gegen die „volksfeindlichen Maßnahmen der Regierung“ in Stellung gebracht werden. Beispielhaft sind Parolen wie „Sozialismus ist braun“ und „Gegen System und Kapital – unser Kampf ist national“, die aufgrund der politischen Kultur und Geschichte besonders in den neuen Bundesländern auf Resonanz stoßen. Die Rechtsextremisten stellen einer pluralistischen Gesellschaft die Konzeption einer „Volksgemeinschaft“ entgegen und verknüpfen soziale Fragen unter der Flagge eines „nationalen Sozialismus“ mit fremdenfeindlichen und völkischen Vorstellungen.

Für den gegenwärtigen deutschen Rechtsextremismus lässt sich außerdem feststellen, dass klassische, vergangenheitsbezogene Themen, wie etwa die Forderung nach Rückgabe der deutschen Ostgebiete, nach einem Ende der Entschädigungszahlungen für die Opfer des Nationalsozialismus oder die Holocaustleugnung, zurückgestellt werden – wenngleich keinesfalls völlig aufgegeben. Stattdessen werden aktuelle politische und soziale Probleme wie die konstant hohe Arbeitslosigkeit, Kürzungen im Sozialbereich oder die Internationalisierung von Märkten in den Vordergrund gestellt.

Da offen nationalsozialistische Positionen in Deutschland aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen sind gab es wiederholt Versuche, diese Positionen zu „modernisieren“, einen weniger aggressiven Sprachgebrauch zu übernehmen, sich im öffentlichen Auftreten zu mäßigen und damit Akzeptanz zu gewinnen. Diese Versuche einer „taktischen Zivilisierung“ sind aber immer wieder einer strukturellen, „doppelten Ambivalenz“ unterworfen (vgl. Klärner 2006: 64 ff.). Rechtsextremisten müssen sich einerseits nach außen gemäßigt präsentieren und allzu radikale Parolen unterlassen, gleichzeitig müssen sie aber auch den Gestus der radikalen, nationalistischen Opposition aufrechterhalten und nach außen demonstrieren. Auf der anderen Seite gilt diese Mäßigung auch im Bezug auf die eigene Anhängerschaft: diese muss diszipliniert werden, um das Bild in der Öffentlichkeit nicht zu beschädigen, im selben Moment aber muss das radikale Umsturzversprechen, das diese Gruppierungen für ihre Anhänger attraktiv macht immer wieder nach innen, sozusagen im Geheimen kommuniziert werden. Diese doppelte Ambivalenz und die Gleichzeitigkeit von Mäßigung und Radikalität führt immer wieder zu kalkulierten Tabuverletzungen im öffentlichen Diskurs, die auch als Signale an den radikalen Flügel zu verstehen sind, und zu unkontrollierten Äußerungen von Anhängern und Funktionären. Ebenso führt die Unmöglichkeit Mäßigung und Radikalität gleichermaßen glaubwürdig zu vertreten immer wieder zu Spannungen und Unzufriedenheit in der eigenen Anhängerschaft.

Ein wichtiges Element in diesem Versuch Respektabilität zu gewinnen ist die Thematisierung der sozialen Frage. Sie dient als *master frame* bei dem Versuch, in der Bevölkerung Resonanz zu finden und anschlussfähig zu werden. Mäßigung und der Versuch Akzeptanz zu gewinnen bedeutet indes nicht, dass sich

die politischen Ziele der Rechtsextremen geändert haben. Sie betreiben weiterhin bewusst eine „Ethnisierung des Sozialen“, die immer wieder Raum für rassistische Ressentiments schafft und eine Klientel ansprechen soll, das über fremdenfeindliche Einstellungen verfügt. Weiterhin ist mit den Etablierungsversuchen der extremistischen Rechten keine grundsätzliche Änderung der politischen Ziele und Utopien verbunden. Das grundlegende Ideologiegebäude des Rechtsextremismus hat sich trotz aller taktischen Windungen nicht geändert und setzt auf eine radikale und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nach völkischen Kriterien. Aus diesem Grund bedienen sich etwa auch hohe Funktionäre der NPD immer wieder einer Revolutionsrhetorik und senden damit Signale an den harten Kern ihrer Anhänger und versuchen so die „Fundis“ der Bewegung einzubinden.

Die Gleichzeitigkeit von Etablierungsversuchen und Revolutionsrhetorik ist Ausdruck des Konflikts zwischen realpolitischem und fundamentaloppositionellem Flügel der rechtsextremistischen Bewegung. Alle Arrangements zwischen diesen Flügeln sind fragil und die Konflikte können jederzeit aufbrechen, vor allem dann, wenn der erhoffte Erfolg ausbleibt. Die Vertreter des fundamentalistischen Flügels können dies immer als Scheitern der Mäßigung interpretieren und die Authentizität des Radikalen einfordern. Dieser Konflikt ist strukturell in der Ideologie des Rechtsextremismus verankert, die völkische Utopie eines nach ethnischen oder rassistischen Kriterien homogenen Volkes lässt auf Dauer keine Mäßigung zu.

## Anmerkungen

- 1 Zitate aus „Zukunft statt Globalisierung“, auf: <http://www.antikap.de/?antikap=aufruf>, S. 1 und 5. Die Kampagnenwebseite ist: <http://www.antikap.de>.
- 2 „Mitteldeutsche Aktionsplattform“ als konkretes Ergebnis einer Führungstagung gegründet“, Pressemeldung der Jungen Nationaldemokraten vom 23.3.2006 auf [www.npd.de](http://www.npd.de) und [www.jn-buvo.de](http://www.jn-buvo.de).
- 3 Hier und im Folgenden: „Taschenkalender des Nationalen Widerstandes 2006“, hrg. vom Deutsche Stimme-Verlag, Riesa, ohne Seiten (siehe: <http://www.ds-versand.de>).
- 4 Ebd., Eintrag „Europa“.
- 5 Ebd., Eintrag „Westliche Wertegemeinschaft“.
- 6 Ebd., Eintrag „Menschenrechte“.
- 7 Ebd., Eintrag „Solidarität“.
- 8 Ebd., Eintrag „Gleichheit“.
- 9 Ebd., Eintrag „Marxismus/Kommunismus“.
- 10 Ebd., Eintrag „Kapitalismus“.
- 11 Ebd., Eintrag „Sozialismus“.
- 12 Zu Gansel siehe: [http://npd-fraktion-sachsen.de/fra\\_startseiten/abgeordnete.html](http://npd-fraktion-sachsen.de/fra_startseiten/abgeordnete.html).
- 13 Vgl. zur „Dresdner Schule“: Annette Ramelsberger, „Intellektuelle Glimmstängel. Die ‚Dresdner Schule‘ als Gegenmodell zu Adorno und Marcuse“, in: Das Parlament, Nr. 45/2005 (<http://www.das-parlament.de/2005/45/Thema/005.html>).
- 14 Interview mit Jürgen Gansel unter dem Titel „Hartz IV und Verausländerung ist heute“, in: Deutsche Stimme, Februar 2006, S.8.
- 15 Ebd.
- 16 Ebd.
- 17 Parteiprogramm der NPD, S.5, 10 (Webversion auf: <http://npd.de/medien/pdf/parteiprogramm.pdf>).

- 18 Vgl. Ebd., Kapitel 5.
- 19 Ebd.
- 20 Brief von Horst Mahler vom 26.7.1999 unter <http://www.deutsches-kolleg.org/wnd/dokumente/991214.pdf>.
- 21 Vgl. den Seminarbericht der „Deutschen Akademie“ unter: <http://www.die-kommenden.net/dk/wiso/da1.htm>.
- 22 „Grundsätze eines sozialistischen Nationalismus“, auf: <http://www.kds-im-netz.de/wetter/antikapi/inhalt.htm>.
- 23 Ebenda.
- 24 Vgl. auch Thorsten Stegemann, „Eine junge, dynamische Partei...“, auf: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/18/18146/1.html> vom 23.8.2004.
- 25 Vgl. die Pressemeldung unter: [http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad\\_id=7&cmsint\\_id=1&detail=81](http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=7&cmsint_id=1&detail=81).
- 26 Vgl. Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern, Jahresbericht 2004, S. 34f. (Onlinefassung).
- 27 Ebd., S. 37
- 28 Vgl. den Text der Erklärung unter: <http://www.keine-agenda2010.de/Berichte%20Dateien/Berichte2004-04-03a.php>.
- 29 Vgl. eine Übersicht aus Sicht der Veranstalter auf den Seiten <http://www.keine-agenda2010.de/Berichte.php> und auf <http://keine-agenda.fuer-thueringen.de>, den Seiten der Thüringer Freien Kameradschaften.
- 30 Vgl. auch Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, „Instrumentalisierung der Proteste gelingt nicht“ auf: <http://www.im.nrw.de/sch/728.htm>.
- 31 Vgl. <http://keine-agenda.fuer-thueringen.de>.
- 32 Interview mit Udo Voigt, in: Junge Freiheit Nr. 40/2004 vom 26.9.2004, online unter <http://www.jf-archiv.de/archiv04/404yy08.htm>.
- 33 Brandts Sohn Peter hatte von der DVU eine Unterlassungserklärung gefordert und mit weiteren juristischen Schritten gedroht, falls das Bild seines Vaters weiter in dem Spot auftaucht. Die DVU erklärt dazu: „Die SPD hat keine Aussicht, ein Verbot des DVU-Wahlspots „Das Vermächtnis sozialdemokratischer Patrioten“ zu erreichen. [...] Die DVU kommt gleichwohl als Geste des Respekts dem an sie gerichteten Ersuchen eines der Söhne von Willy Brandt, Professor Dr. Peter Brandt, nach, das Bild seines Vaters in dem Spot nicht zu verwenden. Willy Brandt wird in dem Spot weiterhin vorgestellt, der Ton wird nun aber statt mit Brandts Bild mit seiner Aussage im Bundestagswahlkampf 1972 unterlegt: „Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land.“ (www.dvu.de vom 1.3.2006).

## Literatur

- Betz, Hans-Georg, *Radical Right-wing Populism in Europe*, New York 1994.
- Greven, Thomas/Grumke, Thomas (Hg.), *Globalisierter Rechtsextremismus? Rechtsextremismus in der Ära der Globalisierung*, Wiesbaden 2006.
- Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hg.), *Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft*, Opladen 2002.
- Kitschelt, Herbert, *The Radical Right-wing in Western Europe. A Comparative Analysis*, Ann Arbor 1995.
- Klärner, Andreas, „Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit – Tendenzen der rechtsextremen Bewegung am Beispiel einer ostdeutschen Mittelstadt“, in: Ders./Michael Kohlstruck (Hg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006.
- Minkenbergh, Michael, *Die neue extreme Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland*. Opladen/Wiesbaden 1998.

